

36. Sitzung des Duisburger Stadtrates am 17. Februar 2014

Laut aber übersichtlich war die Schar der Demonstranten, die die Ratsmitglieder zur 36. und vorletzten Sitzung dieser Legislaturperiode empfangen und wieder gegen das Factory-Outlet-Center (FOC) in Hamborn demonstrierten. 53 Beschluss- und Beratungspunkte standen auf der Tagesordnung, was im Vergleich zu früheren Sitzungen, die manchmal bis zu 120 Punkte umfassten, eher gering war. Dazu gab es nur ein Thema, das längere Diskussionen erwarten ließ: der geplante Kauf des MSV-Stadions durch die Stadt. Zu diesem „Ereignis“ hatte man eigentlich eine größere Demonstration von MSV-Anhängern erwartet, die aber vermutlich ausblieb, weil fast alle Fraktionen vorher medienwirksam Zustimmung verkündet hatten.

Die Stimmung unter den Ratsmitgliedern war so, wie sie gegen Ende einer Legislaturperiode zu erwarten war: einige wirkten angespannt und müde, dem nahenden Ende entgegensehend und viele wirkten nachdenklich, vor allem diejenigen, die bereits jetzt wissen, dass dies eine ihrer letzten Amtshandlungen als Ratsherr / Ratsfrau sein wird. Andere hatten offenbar schon komplett auf „Wahlkampfmodus“ umgestellt und warteten eigentlich nur darauf, dass die politischen Gegner etwas sagten, dem man mit scharfen Worten entgegen konnte. Doch größtenteils verlief die Sitzung ohne Streit und eher routinemäßig.

Obwohl das Thema „**Kauf des MSV-Stadions durch die Stadt**“ auf Tagesordnungspunkt 45 stand (und keine demonstrierenden bzw. interessierten MSV-Fans zu sehen waren), einigten sich alle schnell darauf, den Punkt an den Anfang der Sitzung zu ziehen. In der Regel sprechen die Ratsmitglieder von ihrem Platz aus, bei wichtigen (und vermeintlich wichtigen) Themen nutzen die Fraktionsvorsitzenden für ihre Statements das Rednerpult – so auch in diesem Fall.

Den Auftakt machte **SPD-Fraktionsvorsitzender Herbert Mettler**. Äußerst ´staatstragend´ verkündete er, dass es von der Stadt kein Geld für einen Profifußballverein gäbe, sondern nur zum Erhalt einer wertvollen Immobilie. Der Rat stehe am Anfang einer Rettungskette, bei der „Eimer mit Wasser weitergereicht“ würden und diese Kette dürfe der Rat nicht bereits am Anfang unterbrechen. Weiter verkündete er, dass es „kein weiteres Geld mehr von der Stadt geben wird“, der MSV solle sich private Sponsoren suchen. Negativ überrascht zeigte er sich darüber, dass die Führung des MSV am Wochenende auch einen Teil an der „Stadionprojekt GmbH & CoKG“ gekauft hatte – an genau der Gesellschaft, bei der die Stadt nun die Mehrheit erwerben wollte.

Auch der **CDU-Fraktionsvorsitzende Rainer Enzweiler** hob besonders hervor, dass das Geld nicht für den Verein sei, sondern für eine „Sport-Sonderimmobilie“. Der Beschluss sei wichtig zur Sicherstellung, dass „städtisches Geld nicht in den Strudel der Insolvenz des MSV gezogen wird“. Alles sei unter „aufschiebenden Bedingungen“ zu beschließen, es handele sich aber auch um ein Signal an den MSV.

Dann meldete sich der **Stadtkämmerer Dr. Peter Langner** zu Wort. Auch er erklärte, dass „kein Cent Steuergeld zur Rettung des Vereins ausgegeben wird“, was ´europarechtlich´ auch nicht möglich wäre. Es gehe darum, die Pachtverhältnisse „neu zu justieren“. Die Miete müsse für einen Drittligisten angemessen sein. Das Land habe nun gemeinsam mit der Stadt die Initiative ergriffen. Wenn man Steuergelder „in die Hand nehme“, müssten auch Bedingungen formuliert werden. Dr. Langner erklärte abschließend: „...bevor der Verein auch nur einen Schnürsenkel für einen Fußballer-Schuh kauft, muss die Miete bezahlt werden!“

Es folgte die Rede des **FDP-Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Bies**. Die FDP-Ratsfraktion hatte sich in ihrer letzten Sitzung ausgiebig mit dem Thema beschäftigt und mit großer Mehrheit entschieden, dem Kauf des Stadions durch die Stadt nicht zuzustimmen. Wilhelm Bies packte das Thema rhetorisch von der ideologischen Seite an. Er berichtete über eine Allensbach-Umfrage, nach der 71% der Deutschen der Meinung sind, dass Preise für Lebensmittel, Mieten, Benzin und andere Dinge von 'Vater Staat' vorgegeben werden sollten und sich jeder Politiker der „mehr Staat“ fordere damit automatisch auf der vermeintlich richtigen Seite befinde. Auch die FAZ analysierte jüngst, dass viele Deutsche der Ansicht seien, das ein Wirtschaftssystem mit stärkerer Staatskontrolle besser wäre oder zumindest nicht schlechter als die soziale Marktwirtschaft....

Wilhelm Bies rechnete vor, dass die Stadt 3,28 Milliarden Euro Schulden hat und mit jährlich 53 Millionen Euro „am Tropf der Solidarität“ der anderen NRW-Städte hänge. Er erinnerte daran, dass allein die DVG jährlich ein Defizit von fast 50 Millionen Euro verursacht und wies noch mal auf den finanziell abenteuerlichen Kauf der „Steag“ hin, deren Quittung demnächst auf die Stadt zukomme. In diesem Zusammenhang zitierte er noch mal die FAZ: „Der Gedanke, dass staatliche Eingriffe vielleicht sinnlos oder gar schädlich sein könnten, kommt gar nicht erst auf“.

Wilhelm Bies provozierte leicht, indem er erklärte, dass es noch verständlich wäre, wenn nur der 'kommunistisch-sozialdemokratische' Komplex des Stadtrates zustimmen würde... „aber die Partei Ludwig Erhards?“... In den Reihen der CDU löste dies mürrisches Brummen aus. Zum Schluss wies er darauf hin, dass es eben nicht nur 500.000 Euro sind, sondern ein finanzieller „Rattenschwanz“ folgen werde, unter anderem beim geplanten 'Schuldenschnitt' des MSV, bei dem natürlich auch wieder städtische Gesellschaften beteiligt sind.

Die Fraktionsvorsitzende der Linken, Martina Ammann-Hilberath, erklärte, dass der Fraktion die Entscheidung nicht leicht gefallen wäre und das die Linken nur „zähneknirschend“ zustimmen werden. Die Linken sehen das Thema sehr skeptisch, „wollten aber nicht eine Chance zur Rettung des Vereins verbauen“.

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Prof. Dr. Dieter Kantel widersprach (wie so oft) ganz ausdrücklich Wilhelm Bies. Die Alternative zum Kauf wäre eine „Wertvernichtung“. Er 'philosophierte', dass „der Klimawandel ja auch nicht durch die Marktwirtschaft gerettet“ würde.... Dieser Beschluss sei das kleinere Übel, der Schaden wäre ansonsten noch viel größer. Zähneknirschend würden die Grünen dem Stadionkauf zustimmen. Ratsfrau Claudia Leibe von den Grünen meldete sich anschließend zu Wort und erklärte für sich und Ratsfrau Nazan Sirin, dass sie das Risiko 'nicht überblicken' könnten und sich der Stimme enthalten werden.

Die CDU hatte noch einen Zusatzantrag gestellt, wonach der Geschäftsführer der „Stadionprojekt GmbH & CoKG“ halbjährlich dem Haupt- und Finanzausschuss zu berichten habe. Die SPD-Fraktion hatte alle Bedingungen des Stadion-Kaufes, die bereits in der ursprünglichen Beschlussvorlage im Begründungstext aufgeführt waren, per Antrag in den eigentlichen Beschlussteil überführt, um die Wichtigkeit dieser Voraussetzungen darzustellen.

Der abschließende Beschluss erfolgte dann so, wie es nach den Redebeiträgen zu erwarten war: die FDP stimmte als einzige Fraktion gegen den Kauf der Schauinsland-Reisen-Arena, alle anderen Fraktionen stimmten dafür (2 Enthaltungen bei den Grünen).

Nach einigen unspektakulären und unkommentierten Tagesordnungspunkten stand die nächste finanzielle Unterstützung für eine öffentliche Institution an:

Der Duisburger Zoo, der bereits im vergangenen Jahr einen städtischen Sonderzuschuss von rund 1 Mio. Euro erhalten hatte, benötigte dringend 500.000 Euro zum Ausgleich seines aktuellen Haushalts. Bislang erhielt der Zoo einen jährlichen städtischen Zuschuss von 2,1 Mio. Euro, der nun auf 2,6 Mio. Euro aufgestockt wurde. In diesem Fall wurde nur wenig debattiert, alle Fraktionen waren sich schnell einig, dass dem Zoo geholfen werden müsse. Einige Ratsmitglieder forderten, dass für den Zoo ein Finanz- und Sanierungskonzept erstellt werden müsse. Die FDP hatte in ihrer vorherigen Fraktionssitzung auch dieses Thema diskutiert, ein Vergleich mit der Finanzhilfe für den MSV verbot sich jedoch, da es sich beim Zoo um eine städtische Einrichtung bzw. eine städtische Gesellschaft handelt, beim MSV aber um einen privaten Fußballverein, der wie ein privates Wirtschaftsunternehmen agiert und demnach auch so zu bewerten ist. Aber auch die FDP-Fraktion fordert dazu auf, die Finanzen des Zoos grundlegend zu durchleuchten und nach Einsparpotentialen zu suchen, damit Zoo und Stadt hier langfristige Planungssicherheit erhalten.

Wie zu Beginn eines jeden Jahres üblich, wurden dem Stadtrat wieder zahlreiche **Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse städtischer Gesellschaften** und städtischer Beteiligungen vorgelegt. Traditionell enthält sich die FDP-Ratsfraktion bei allen Gesellschaften der Stimme, in denen sie nicht in den Aufsichtsgremien vertreten ist.

Unerwartet kam es dann beim Tagesordnungspunkt „**Gründung der Klinikum Duisburg Service GmbH**“ zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Vertretern von CDU, SPD und Linken. Laut Beschlussvorlage hatten sich Betriebsrat und Aufsichtsrat des Klinikums (an dem die Stadt immer noch 51% besitzt) geeinigt, diese Tochtergesellschaft zur Erledigung aller „nichtmedizinischen“ Tätigkeiten (Küche, Reinigung, etc) zu gründen. In mehreren Stufen sollten bis zu 300 Mitarbeiter vom Klinikum in die neue Gesellschaft wechseln. Solche Gesellschaften sind zwar oft kritisch zu sehen aber wenn der zuständige Betriebsrat dies mit dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung aushandelt und zustimmt, kann man davon ausgehen, dass die Gesellschaftsgründung im Sinne aller Beteiligten erfolgt. Die SPD, im Schulterschluss mit Verdi-Chef und Linken-Ratsherr Thomas Keuer, hatten aber offenbar entdeckt, dass die Gesellschaft unter Führung des „ungeliebten“ privaten Anteilseigners Sana erfolgen würde und diese Arbeiten eigentlich auch von städtischen Gesellschaften (z.B. die DVV-Tochter Octeo) erledigt werden könnten.

Trotz Zustimmung der betroffenen Mitarbeiter hetzten SPD und Linke (wie schon häufig) gegen die Sana und deren Geschäftsführer und weigerten sich, der Gesellschaftsgründung zuzustimmen. SPD, Grüne und Linke lehnten letztendlich die Gründung ab und beauftragten den Oberbürgermeister „nach Alternativen zu suchen“. Der wahre Grund für die Ablehnung ist wohl die grundsätzliche Haltung von Linken (gesteuert von Verdi), SPD und Grünen, nicht mehr mit dem privaten Klinikbetreiber Sana zusammenarbeiten zu wollen und mit Sana keine neuen Geschäftsbeziehungen aufzubauen. Aus Rot-Rot-Grüner Sicht handelt Sana vermutlich zu marktwirtschaftlich und zu gewinnorientiert, obwohl das Klinikum in alleiniger städtischer Hand jahrzehntelang rote Zahlen schrieb und erstmals in der Führung durch Sana Gewinne erzielt wurden - mit mehr(!) Mitarbeitern und mehr Patienten als je zuvor. Hier stand abermals das Anfangsthema des besser-wissenden staatlichen Kontroll-Systems gegen privates Engagement im Raum....

Äußerst Gewerkschafts- bzw. Verdi-freundlich war auch ein weiterer Beschluss von SPD, CDU, Linken, Grünen und DWG, wonach der **Aufsichtsrat der DVG** (erneut) so gestaltet werden solle, dass eine paritätische Mitbestimmung hergestellt wird. Zwar ist die Arbeitnehmermitbestimmung gesetzlich genau geregelt und richtet sich vornehmlich nach der Anzahl der Beschäftigten, die DVG erfüllt die Bedingungen für eine paritätische Mitbestimmung aber nicht, daher muss sie, falls gewünscht, extra vertraglich geregelt und auch vom Rat beschlossen werden. Die FDP-Ratsfraktion sah keinen Grund, hier von den gesetzlichen Vorschriften abzuweichen und stimmte gegen den Vertrag mit Verdi.

Das gleiche Abstimmungsverhalten ergab sich bei der „Änderung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Duisburg“ (**Parkgebührenordnung**). Die anderen Fraktionen hatten keine Skrupel das Parken in Duisburg abermals zu verteuern und die Parkzonen und Parkzeiten auszuweiten. Zu diesem Thema erfolgte auch keine Diskussion. Nur die FDP stimmte dagegen.

Genau so kommentarlos änderte der Rat nun auch die Abwasserbeseitigungssatzung. Hinter dieser Änderung verbarg sich die Beendigung der jahrelangen Diskussionen zur **Dichtheitsprüfung von Hausanschlusskanälen**. Nachdem der Landtag im vergangenen Jahr entschieden hatte, dass nur Hausbesitzer, deren Häuser in Wasserschutzgebieten liegen, diese Prüfungen durchführen lassen müssen und alle anderen nur dann, wenn eine Stadt dies zusätzlich per Satzung beschließt, hatte die FDP-Ratsfraktion im Juni 2013 einen Antrag gestellt, die städtische Satzung entsprechend zu ändern. Natürlich mit dem Hinweis, dass nur die gesetzlichen Vorschriften des Landes übernommen werden, aber keine städtische ‚Zusatzsatzung‘ für alle anderen Häuser erstellt werden soll. Damals wollte die Mehrheit des Duisburger Stadtrats dieses Thema noch nicht beraten, da zu diesem Zeitpunkt die Durchführungsbestimmungen des Ministeriums noch nicht vorlagen. Jetzt wurde die Abwasserbeseitigungssatzung stillschweigend genau so geändert, wie es die FDP-Ratsfraktion damals beantragt hatte – nur war diesmal keine Rede mehr von einem früheren FDP-Antrag....

Auf Tagesordnungspunkt 36 stand ein gemeinsamer Antrag von Linken und Grünen, bei dem schon im Titel auffiel, dass die SPD nicht als Antragsteller aufgeführt war. Auch die Überschrift war zunächst irritierend: „**Sanktionsmoratorium**“. Grüne und Linke wollten beschließen lassen, dass die städtischen Vertreter in der Trägerversammlung des Jobcenters dafür eintreten, dass gegen Hartz-4-Empfänger (bei jeder Art von Pflichtverletzungen) keine Sanktionen mehr verhängt werden, solange das Jobcenter nicht über ausreichend Personal verfüge. Da der Antrag kurzfristig gestellt wurde, beantragten einige Ratsmitglieder eine 1. Lesung, was in den meisten Fällen bedeutet, dass das Thema zunächst gar nicht beraten wird und ohne jeden Wortbeitrag auf die nächste Sitzung geschoben wird. Die Antragsteller gaben diesem Wunsch nach. Der skurrile (und offensichtlich rechtswidrige) Antrag begegnet dem Rat also noch mal.

Ein weiterer ideologisch geprägter gemeinsamer Antrag von Linken und Grünen (auch wieder ohne SPD) zur Überarbeitung eines Freihandelsabkommens auf EU-Ebene, bei dem es um Deregulierung und Liberalisierung von **Handelsbeziehungen und Dienstleistungen mit Kanada** geht, wurde ebenfalls auf die nächste Sitzung geschoben.

Im letzten Tagesordnungspunkt der öffentlichen Sitzung wurde den Ratsmitgliedern die **Stellungnahme der Finanzaufsicht** (Bezirksregierung) zum Haushaltsplan 2014 mitgeteilt. Die Regierungspräsidentin genehmigte den Haushaltsentwurf zwar grundsätzlich, hatte aber einen mehrseitigen Kommentar zu einzelnen Haushaltspositionen dazu gelegt. Z.B. erklärte sie, dass es nicht zulässig sei, das Kombibad in Homberg (nach ihrer Darstellung eine freiwillige städtische Leistung) weiter zu betreiben und zur Finanzierung einen Radarwagen anzuschaffen. Obwohl es im Gesamthaushalt ohnehin keine Rolle spielt, weil alle Einnahmen und alle Ausgaben „unter dem Strich“ stimmen müssen/sollten, hatte die Rot-Rot-Grüne Ratsmehrheit verkündet, das Kombibad nur retten zu können, indem die Stadt ein weiteres Radarmessfahrzeug anschafft. Natürlich nutzen die Oppositionsfraktionen die Gelegenheit um kräftig darauf hinzuweisen, dass sie bereits vorher vor dieser Kombination gewarnt hatten, wogegen sich Rot-Rot-Grün wehrte. Spätestens an dieser Stelle schalteten die Ratsmitglieder auf Wahlkampfretorik um... Die Sitzung endete um 18:40 Uhr.

Am 7. April 2014 folgt die nächste Ratssitzung, mit ihr endet diese Legislaturperiode.